

2.6. Würdevoll alt werden: Pflege

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu
2 erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein
3 gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von
4 Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen
5 sind ein barrierefreier Öffentlichen Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und
6 kulturellen Angeboten entscheidend.

7 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
8 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
9 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
10 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern, prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine echte
11 Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Außerdem
12 wollen wir den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. Unser Ziel ist, gute
13 Rahmenbedingungen für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und Pflegende zu schaffen.

14 **Neue Wege in der Pflege**

15 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
16 es 3,5 Prozent, in Brandenburg 4,5 Prozent). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch
17 mehr alte und sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine
18 zurückgehende Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger
19 Pflegepersonal immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen.

20 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Wir stehen für eine würdevolle Pflege, die begleitet und
21 unterstützt. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da die Zielgruppen vielschichtiger
22 werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, mit
23 verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter
24 berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie und mit wem sie leben und wie sie
25 gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende Wohnformen und solidarische
26 Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen werden wir unterstützen.
27 Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) stärken, die sich um den
28 Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und Pflegenetzwerke wollen wir
29 ausbauen.

30 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

31 Die pflegerische Arbeit ist äußerst belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch anstrengend, die
32 Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Krankenstand ist weit
33 über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bundesweit nur bei 8,4
34 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig, die Fortbildungs- und
35 Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen unterschiedlichen Mindestlohn

36 in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent
37 und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.

38 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
39 der Pflege deutlich verbessern. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land
40 Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer
41 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über
42 Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der
43 Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Weiterhin setzen wir uns für eine
44 vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine Ausbildungsvergütung ein. Das Angebot einer
45 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten.

46 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
47 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

48 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

49 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
50 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
51 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

52 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

53 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
54 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
55 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
56 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
57 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
58 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
59 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
60 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
61 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

62 **Lebensende in Würde**

63 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
64 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
65 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

66 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Mit
67 Bundesratsinitiativen wollen wir für eine Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit
68 analog zur Elternzeit, sowie eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches
69 Rentenrecht in Ost und West eintreten. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der
70 Pflege ein, damit klar geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann.